

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

vierteljährl. 1 R. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Ersteht
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Klein-
seite 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

Sonnabend, den 26. Februar

1881.

Nr. 25.

Die Vermählung des Prinzen Wilhelm.

Unseres Kaisers Enkel, des deutschen Kronprinzen ältester Sohn, Prinz Wilhelm von Preußen, feiert am 27. seine Vermählung mit der Prinzessin Augusta Viktoria zu Schleswig-Holstein, heute Sonnabend findet der festliche Einzug der Prinzessin in Berlin statt. Von fern und nah treffen als Zeugen des Festes hohe fürstliche Verwandte und Vertreter fast aller Regierungen Europas in der Hauptstadt ein, wo in dem ehrwürdigen Königsschloß der Bund des prinzipalen Brautpaares seine Weihe für das Leben erhalten soll.

Das preussische Volk nimmt auch bei dieser Gelegenheit innigen Antheil an den Geschehnissen seines Herrscherhauses, mit dem es sich auf das Engste verbunden weiß. In den festlichen Anstalten, welche überall getroffen werden, tritt uns vor Allem zum Bewußtsein, wieviel die neuere Entwicklung Preußens dazu beigetragen hat, den alten monarchischen Sinn im preussischen Volke zu beleben und zu vertiefen. Mag der Streit der Parteien über die Formen, in denen es seine Macht zur Geltung zu bringen hat, noch so lebhaft sein, in dem Königthum besitzen wir inmitten der Hochkuth der Leidenchaften unser stärkstes Bollwerk.

Der Tag der Vermählung des Prinzen Wilhelm ist für Preußen, ist für Deutschland ein Tag wahrer Freude und Hoffnung. Der dereinstige Erbe der deutschen Kaiserkrone begründet ein eigenes Haus, unter den Augen und mit dem Segen des Wiederherstellers des deutschen Kaiserreichs, zum Altar geleitet von seinem Vater, der an der Erfüllung und Vollendung dieses Werkes ruhmreichen Antheil hat. Eine solche Vergangenheit, eine solche Geschichte legen dem Prinzen hohe Aufgaben für das Vaterland auf und seine Erziehung bürgt dafür, daß er sich derselben bewußt ist. Der Prinz hat sich zur Lebensgefährtin eine Prinzessin aus einem der alten deutschen Fürstenhäuser auserkoren, dessen Name eng mit den Geschicken der deutschen Nation verknüpft ist. Er folgt dabei dem Zuge seines Herzens — für das deutsche Volk liegt gerade hierin ein Anlaß zu aufrichtiger Freude.

Dem jungen Paare ist nach menschlichem Ermessen die Zeit noch fern, wo es die Pflichten und Rechte, die Sorgen und Lasten der Krone zu tragen berufen sein wird. Es wird ihm eine Zeit der Erfahrung und der Vorbereitung beschieden sein, bis sich die Hoffnung erfüllt, welche an dem Vermählungstage von allen deutschen Herzen auf diesen Bund gesetzt wird. Möge das erlauchte Paar auf dem gemeinsamen Lebenswege, der ja auch in des Thrones Glanz und Nähe nicht ohne Dornen ist, sich einander zu den hohen Aufgaben, zu deren Erfüllung es berufen ist, geschickt machen.

Die kaiserlichen Großeltern und die kronprinzlichen Eltern sehen über das Brautpaar den Segen Gottes herab für sein inneres und äußeres Glück. Mit ihnen vereinigt das gesammte preussische und deutsche Volk die aufrichtigsten Wünsche für ihr Wohlergehen und sendet an dem Tage der ehelichen Verbindung Gebete zum Himmel, daß des Allmächtigen Gnade über ihnen immerdar walte. In dem festlichen Gepränge, welches die Hauptstadt des Reiches entfaltet, und in den Angebinden, welche preussische Städte und Körperschaften dem hohen Paare als Hochzeitsgabe überreichen, bekundet sich die Treue, welche das preussische Volk ihm aus vollem Herzen für alle Zukunft entgegenbringt. „Treue um Treue“, — dessen ist das Volk sicher von den Hohenzollern! „Sei getreu bis an den Tod“, — ist der Wahlspruch der Prinzessin! In dieser Vereinigung möge das Glück des prinzipalen Paares für immer und alle Zeiten fest begründet sein!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. In der vorigen Session des Bundesraths war eine nicht unbeträchtliche Opposition im Bundesrathe gegen das Besteuerungs-gesetz geltend gemacht worden, so daß damals die weitere Verathung der Vorlage unterblieb. Wie jetzt verlautet, hatten namentlich Bayern und Baden ihren prinzipiellen Widerstand gegen das Besteuerungsprojekt fallen lassen, so daß allgemein angenommen wird, daß die Vorlage, wenn

auch mit einigen Abänderungen, im Bundesrathe zur Annahme gelangen wird.

— Einen kleinen Riß in die deutsche Einheit gedenkt diesen Sommer Bayern zu machen. Auf der in Dresden abgehaltenen Eisenbahn-Konferenz zur Feststellung der Sommerfahrpläne war sein Antrag, denselben erst mit dem 1. Juni, statt, wie bisher, am 15. Mai, beginnen zu lassen, mit allerdings nur geringer Mehrheit abgelehnt worden. Daraus erklärte der Vertreter der bayerischen Generaldirection, daß sie mit den Bahnen, mit denen sie in Verbindung stehe, wegen Feststellung des 1. Juni als Anfaugtermines der Sommerfahrpläne sich ins Einvernehmen setzen werde, jedenfalls aber für sich selbst diesen Termin vorbehalte. Daraus hin wollen einige österreichische Bahnen bezüglich ihrer Anschlüsse an Bayern ebenfalls diesen Termin annehmen.

— Münster in Westfalen. Kürzlich tagten im Rathhause unter Theilnahme von etwa 3000 Personen die westfälischen Handwerker. Oberbürgermeister Scheffer-Reichhorst eröffnete die Versammlung mit der Erklärung, die Handwerker müßten am besten wissen, was ihnen fehle und was überflüssig sei. Der Staat könne freilich nicht alles auf ein Mal erfüllen, aber doch mancherlei, was von ihm verabsäumt sei. Der Vorsitzende, Architekt Hanemann, gab darauf über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Wir wollen obligatorische Innungen, in welche nur Der aufgenommen werden kann, welcher seine Befähigung zum selbstständigen Betriebe theoretisch und praktisch nachgewiesen hat.“ dem Steinhauer Scherrer aus Lüdinghausen das Wort. Dieser weist darauf hin, wie der Staat die examinierten Beamten vor der Konkurrenz schütze, ebenso müsse auch das Handwerk vor Ausbeutung geschützt werden. Die Regierungsvorlage könne die Handwerker nicht befriedigen, ihre Agitation müsse sich zunächst gegen § 1 der Gewerbeordnung richten. Nicht Jeder dürfe ein Handwerk betreiben; wie es einen Zwang und den ungeheuerlichen Anwaltszwang gebe, so wollen wir einen Innungszwang. Die Handwerker fürchten nicht die Konkurrenz von ihres Gleichen, wohl aber die des Kapitals und der Ausbeuter. (Lebhaftes Bravo.) Schneidermeister Möller aus Dortmund ebenfalls für Zwangs-Innungen. Durch Freiwilligkeit erziele man nichts, da die Schlafmüge dem Handwerker noch tief über den Ohren liege. (Heiterkeit und großer Beifall.) Klempnermeister Mertens aus Dortmund greift die Gewerbeordnung energisch an; seit ihrem Bestehen sei das Handwerk nur Spielball böser, verantwortlicher Speculationsgelfüste geworden. (Großer Beifall.) Bei der großen Gleichgültigkeit vieler Handwerker sei es doppelt und dreifach nöthig, mit Zwangs-Innungen vorzugehen. Gegen Zwangs-Innungen meldet sich Niemand zum Wort und so wird die Resolution mit allen gegen 5 Stimmen angenommen. — Der zweite Punkt: Bildung eines Provinzial-Handwerkervereins, Referent Herr Bädermeister Scheffer-Münster, wird nach mehreren Reden für und gegen endlich angenommen. — 3) Abänderung der Bestimmungen, betreffend die Konkurrenz der Buchhändlerarbeit, wird einstimmig angenommen. 4) Für den Handwerkerstand ein specielles Recht, ähnlich wie es der Handelsstand besitzt, wird einstimmig angenommen. 5) Einführung von Baarzahlung oder höchstens eine Borgfrist von 3 Monaten wird einstimmig angenommen. Hierauf verlas Möller folgende 3 Resolutionen: 1) Der Handwerkerstand erklärt sich mit der Einberufung eines Volkswirtschaftsraths einverstanden, beklagt sich aber auf der anderen Seite, daß nicht die genügende Anzahl Handwerker in demselben vertreten und die Provinzialstädte fast gar nicht berücksichtigt sind, setzt aber das Vertrauen in den Fürsten Reichsfanzler, daß er diesem Uebelstande bald und genügend abhelfe. 2) Der Handwerkerstand beschließt, daß die Handwerker bei Land- und Reichstagswahlen künftig nur demjenigen ihre Stimme geben, welcher die Interessen der Handwerker voll und ganz vertritt. 3) Der Handwerkerstand beklagt auf's Tiefste den confessionellen Hader, weil er a) der Organisation und gedeihlichen Erhaltung der Innungen hinderlich und schädlich ist; b) weil derselbe die Familienbande lockert und manches traurige Uergerniß zu Tage fördert, c) weil er das na-

tionale Bewußtsein untergräbt und fremden Ausbeutern Thür und Thor geöffnet hat. Redner begründet jede, aber hauptsächlich Nr. 3 der Resolutionen in drastischer Weise und empfiehlt Einigkeit nach jeder Seite, hauptsächlich einem dritten Stamm gegenüber. (Stürmischer Beifall.) Sodann ergreift Oberpräsident v. Kühlwetter das Wort: „Es freut mich, daß es unsere liebe Provinz Westfalen ist, von der die Lichtstrahlen ausgehen, ich habe in diesen Reden manchen Funken bemerkt und manche Belehrung empfangen und begrüße es als die Morgenröthe einer herannahenden besseren Zeit. Es lebe das ehrbare Handwerk!“ Bädermeister Scheffer dankte dem Oberpräsidenten, Bürgermeistern und Stadtverordneten für ihre Theilnahme an den Interessen der Handwerker und bringt zum Schluß ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in welches die Versammlung drei Mal begeistert einstimmt.

— In Oesterreich wirft der unglückselige Racenstreit zwischen Deutschen und Slaven immer neue Blasen. Wie man sich erinnert, haben die Deutschen sogar mit Strife gedroht, da sie sich für vergewaltigt erachteten. Dieser Lage wurde nun im parlamentarischen Sprachenausschuß vom Abgeordneten Scharfsmid namens der Liberalen die Erklärung abgegeben, daß sie nach den Vorgängen in der letzten Sitzung eine weitere Debatte als unmöglich und nutzlos betrachteten und sich auf die Einbringung des motivirten Antrags beschränkten, daß die Sprachverordnung nicht gerechtfertigt und daß die Wiederherstellung des geschlichen Zustandes im Interesse der Rechtspflege geboten sei. Der Führer der feudalen Rechtspartei Hohenwart fand es neu, daß eine Anzahl Mitglieder erkläre, nicht mittun zu wollen, weil ein gegnerisches Mitglied sie verlezt habe, trotzdem daß die bezüglichen Aeußerungen vom Vorsitzenden auf das rechte Maß zurückgeführt worden seien. Hohenwart brachte den Antrag ein, daß die Sprachverordnung das Verordnungsrecht der Regierung keineswegs überschritten habe und daß dieselbe auch keinem bestehenden Gesetze widerspreche. Der Antrag Scharfsmid wurde mit 14 gegen 9 Stimmen abgelehnt und der Antrag Hohenwart mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen. Hierauf begann die Verathung des Antrags Sturmbrand betreffs der Staatssprache. Der Minister Prjazak erklärte, daß die Regierung über diesen Antrag noch keinen Beschluß gefaßt habe; die Sitzung wurde daher geschlossen. Fast scheint es, als sollte die deutsche Sprache in Oesterreich auf das Ausgedingte gesetzt werden.

— Frankreich. Die im englischen Blaubeche enthaltenen zwei Depeschen, welche auf das Versprechen einer Waffenlendung an Griechenland Seitens des französischen Kriegsministers hindeuten, haben in Frankreich gewaltige Aufregung hervorgerufen und am vorigen Montage in der Deputirtenkammer eine Interpellation veranlaßt, die der Abgeordnete der Sirfen Devès an das Ministerium richtete. Der Ministerpräsident Ferry erklärte, es sei keine Zusendung von 30,000 Gewehren an Griechenland jemals versprochen, wohl aber eine solche von Griechenland erbeten, vom Minister-rath jedoch abgelehnt worden. Zurückgefestes Kriegsmaterial, bestehend in Gewehren und Munition, sei allerdings unter den geschlichen Bedingungen verkauft worden, und dabei sei es einigen Personen gelungen, verbesserte Gewehre mit angepaßten Patronen zu erwerben. Sobald die Regierung von diesem Kaufe Kenntniß erhalten, habe sie die Weiterbeförderung der Waffen verhindert. In der sich hieran anknüpfenden Debatte erwähnte ein Deputirter, daß über eine geheime Nebenregierung Gerüchte umliefen. Gambetta, der dies natürlich auf sich bezog, erklärte in längerer Rede, daß er nie einen Einfluß auf das Ministerium geübt, sich jeder Kritik der Regierungsmaßregeln, wenn er sie auch nicht gebilligt, enthalten und nach keiner Richtung Agitation getrieben habe. Bemerkenswerth ist in der meisterhaft improvisirten Rede die Stelle: „An dieser Reserve werde ich festhalten, bis es meinem Lande gefallen wird, mir deutlich eine andere Pflicht anzuweisen“.

— England. Wenn man bedenkt, welche gewaltige Macht der katholische Clerus in Irland besitzt, wird man leicht ermessen können, ein wie wichtiger Schlag der irischen Landliga durch den Hirtenbrief des Erzbischofs von Dublin versezt worden ist, der am